

## F-10-2009: Mehrwertsteuersenkung?

Mundfunk (Informationsdienst der BayernSPD)

von **Florian Pronold**, MdB

September 2009

### **Mehrwertsteuersenkung – ein Satz mit X**

ein weiteres Mal inszeniert die Union ein Theaterstück zur Steuersenkung: Diesmal haben sie sich die Mehrwertsteuer vorgenommen und wollen die Senkung der Mehrwertsteuersätze für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Allen voran fordert dies CSU-Chef Horst Seehofer. Naja, oder vielleicht wieder doch nicht? Mal schauen...

...denn Herr Guttenberg will den ermäßigten Mehrwertsteuersatz abschaffen und alles mit 19 Prozent besteuern.

Anlass für die Debatte ist der Beschluss der Finanzminister der EU von März 2009, der vorsieht, dass bei arbeitsintensiven Dienstleistungen jedes Land selbst den reduzierten Mehrwertsteuersatz einführen kann. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat dieser Möglichkeit auf europäischer Ebene zugestimmt, gleichzeitig aber deutlich gemacht, dass die Bundesrepublik hiervon keinen Gebrauch machen wird. Zahlreiche Verbände, derzeit insbesondere der Hotel- und Gaststättenverband, nehmen dies zum Anlass für ihre Forderungen.

#### **Behauptet wird:**

*Eine Mehrwertsteuersenkung beseitigt die Benachteiligung für Gastwirte im europäischen Wettbewerb in grenznahen Gebieten.*

#### **Richtig ist:**

In Frankreich zum Beispiel ist gerade der Mehrwertsteuersatz für Restaurants von 19 auf 5,5 Prozent abgesenkt worden, ausgenommen für alkoholische Getränke. Aber: Eine spürbare Preissenkung ist hier nicht festzustellen! Dies mag daran liegen, dass der Preissenkungsspielraum für eine willkommene Gewinnerhöhung genutzt wird, wie schon die Erfahrungen der Europäischen Kommission früher gezeigt haben.

Die Mehrwertsteuer ist nur ein Bestandteil der Preisstruktur gastronomischer Betriebe, und zwar nicht der bedeutendste. Es ist deshalb nicht sachgerecht, nur diesen einzelnen Faktor zu betrachten und schon gar nicht realistisch, sich davon eine deutliche Verbesserung der Wettbewerbssituation zu versprechen.

Wir haben bereits jetzt in den 27 Mitgliedstaaten unterschiedliche Mehrwertsteuersätze und unterschiedliche ermäßigte Steuersätze.

Dies kommt zum Teil auch daher, dass das eine oder andere Land auch von einer Übergangslösung Gebrauch gemacht, die in den vergangenen Jahren angeboten wurden. Bereits 2003 hat die Europäische Kommission die deutsche Haltung bestätigt, dass die Weitergabe der steuerlichen Ermäßigung an die Verbraucher keinesfalls gesichert werden kann.

**Behauptet wird:**

*Die Mehrwertsteuersenkung wird an die Verbraucher weitergegeben und erhöht die Nachfrage.*

**Richtig ist:**

Wir haben erst vor kurzem eine Debatte darüber geführt, ob es sinnvoll ist, die Mehrwertsteuer auf Energiekosten zu senken. Gerade die Entwicklung der Energiekosten hat dem letzten Zweifler klargemacht, dass die Mehrwertsteuer das Allerletzte ist, das bei der Preisbildung eine Rolle spielt.

Steuerermäßigungen führen viel eher zu Mitnahmeeffekten. Deren Größenordnung wäre im Falle einer Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes im Bereich der Gastronomie gleich den Steuerausfällen in Höhe von rund 3 Milliarden Euro. Nimmt man den Bereich Beherbergung dazu, würde eine weitere Milliarde Euro fehlen.

Die Erfahrungen in anderen Bereichen bestätigen diese Erwartung.

Außerdem widerspricht sich das Gastgewerbe selbst, denn wenn die MwSt-senkung an die Verbraucher weitergegeben wird, kann sie nicht gleichzeitig für Investitionen in den Betrieb genutzt werden.

Ein niedrigerer Mehrwertsteuersatz führt nicht zu geringeren Preisen:

**Beispiel Windeln:**

Schaut man sich das Preisgefälle bei Windeln an, stellt man fest, dass dieselben Windeln in unterschiedlichen Geschäften einen Preisunterschied von mehr als 5 Euro haben, bzw. 40 Prozent.

In den Nachbarländern ist es nicht anders. In Österreich hat die Tiroler Arbeiterkammer festgestellt, dass Windelpreise um bis zu 50 Prozent variieren. Dies kann definitiv nicht am Mehrwertsteuersatz liegen!

Wer ernsthaft Familien entlasten will, der muss zuallererst einmal dafür sorgen, dass die Menschen von ihrer Arbeit auch leben können. Deshalb wollen wir gesetzliche Mindestlöhne.

**Beispiel Arzneimittel:**

Auch hier wird immer mal wieder gefordert, doch die Mehrwertsteuer zu ermäßigen. Schaut man sich jedoch den Preisverfall bei Medikamenten nach der Gesundheitsreform an, wonach die preiswertesten unter gleichwertigen Medikamenten genommen werden müssen, dann sieht man, dass der Mehrwertsteuersatz ganz sicher nicht das entscheidende Kriterium bei der Preisfindung bei Medikamenten ist.

**Beispiel Handwerkerleistungen:**

Handwerksleistungen haben wir auf eine ganz andere Art und Weise gefördert – ganz ohne Mehrwertsteuersenkung und zielsicher. Bei uns können die Kosten für handwerkliche und haushaltsnahe Leistungen direkt von der Steuer abgezogen werden. Dies fördert die Steuerehrlichkeit und wirkt der Schwarzarbeit entgegen.

Der Versuch, mit Hilfe der Mehrwertsteuer bzw. dem teilweisen Verzicht auf sie die wirtschaftlichen Probleme einzelner Branchen zu lösen, muss scheitern, denn die Mehrwertsteuer ist nicht die Ursache der Probleme.

#### Beispiele Fastfood und Bergbahnen:

Ein schönes Beispiel sind Stichproben bei Fastfoodketten. Wer drinnen isst, zahlt 19 Prozent Mehrwertsteuer, wer das Essen mitnimmt, lediglich sieben Prozent. Dennoch wird ein und derselbe Preis verlangt. Ein klarer Beweis, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz zu willkommenen Mitnahmeeffekten für Unternehmen führt, nicht aber zu verringerten Preisen für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Ein weiteres Beispiel sind die Bergbahnen: Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag haben darauf bestanden, im Jahressteuergesetz 2008 eine Verringerung des Umsatzsteuersatzes von 19 auf sieben Prozent für Bergbahnen zu erwirken. Doch der finanzielle Spielraum, der den Bahnen dadurch eingeräumt wurde, ist nicht bei den Nutzern angekommen.

#### **Behauptet wird:**

*Die Gastwirte nutzen die Mehrwertsteuersenkung für Investitionen in ihren Betrieb.*

#### **Richtig ist:**

Wenn dem so ist, dann können sie aber den Verbraucherinnen und Verbrauchern keine Preissenkung bieten und damit auch keinen Wettbewerbsvorteil erlangen. Weder gegenüber dem grenznahen Ausland noch gegenüber den einheimischen Konkurrenten.

#### **Fazit:**

Die Kritik am geltenden Katalog der derzeit 53 begünstigten Gütergruppen ist berechtigt: Es gibt keine überzeugende Systematik.

Nun haben wir Sozialdemokraten dieses Problem schon vor Jahren angepackt: Mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz, das in seinem Entwurf vorsah, den Katalog der Umsätze, die bis dato mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent besteuert werden, drastisch zu reduzieren. Erklärtes Ziel war es, nur lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen sowie Bildungs- und Kulturangebote umsatzsteuerlich bevorzugt zu behandeln – nicht aber Schnittblumen und feuchte Moose. Auf Grund von Stürmen der Entrüstung und dem Widerstand der Union ist dieses sinnvolle Projekt gescheitert. Eine konsequente Umsetzung hätte den seither immer wieder aufkeimenden Begehrlichkeiten für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz den Boden entzogen und uns allen unnötige Diskussionen erspart.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat vor einigen Monaten das Bundesfinanzministerium aufgefordert, Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber zu erarbeiten. Hierzu wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das mögliche künftige Ausgestaltungen aufzeigen und unter wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Aspekten bewerten soll. Das Ergebnis dieser wissenschaftlichen Untersuchung wird in einigen Monaten vorliegen.

Ermäßigungen vom Regelsteuersatz sind Steuereinnahmen, auf die wir in der jetzigen Haushalts- und Wirtschaftslage keinesfalls verzichten können. Dies dürfte auch dem Herrn Ministerpräsidenten Seehofer klar sein, denn auch die Länder sind am Aufkommen der Mehrwertsteuer beteiligt. Und auch Bayern kann es sich angesichts des Debakels seiner Landesbank nicht leisten, auf Einnahmen zu verzichten, die zu allem Überfluss auch noch zum Fenster hinaus geworfen wären. Seehofer weiß das auch. Sein vorgeblicher Kampf für den ermäßigten Mehrwertsteuersatz ist nur eine Neuauflage von leeren Wahlkampfversprechen. Zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister spielt er das „good guy – bad guy“-Spiel: Der Baron möchte nämlich die Mehrwertsteuer erhöhen.

Wir müssen uns nur in Erinnerung rufen, dass es die Union war, die auf die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 gepocht hat. Diese Steuererhöhung war zentrale Wahlkampfaussage der Union.

An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen!